

Urteil

Im Namen des Rechts !

In der Strafsache

gegen

1.) den Heizer  
Rudolf Friedrich Max P u c k,  
geboren am 28. Februar 1882 in Hamburg-Altona,

2.) den Koch  
Alwin Otto Gustav S c h u m a n n  
geboren am 9. Mai 1897 in Lehe bei Wesermünde,

wegen Mordes

hat das Schwurgericht Hamburg  
in der Sitzung vom 26. Oktober 1948,  
an welcher teilgenommen haben:

Landgerichtsdirektor Wentzensen  
als Vorsitzender,

Landgerichtsrat Maschinsky,  
Assessor Dr. Fischer  
als beisitzende Richter,

Ehefrau Martha Reitenbach,  
Behördenangestellter Karl Rohkohl,  
Ehefrau Helene Kelch,  
Büroangestellte Mathilde Meier,  
Ingenieur Willi Berkhan,  
Vorarbeiter Hermann Hackmack  
als Geschworene,

Staatsanwalt Dietze  
als Beamter der Staatsanwaltschaft,

ap. Justizassistent Gronau  
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle,

für Recht erkannt:

I. Das Verfahren gegen den Angeklagten Schumann wird  
auf Kosten der Staatskasse eingestellt.

II. Der Angeklagte Puck wird wegen Verbrechens gegen  
die Menschlichkeit in Tateinheit mit Totschlag und ver-  
suchten Totschlages zu

8 (acht) Jahren Zuchthaus

verurteilt.

Die in dieser Sache erlittene Untersuchungshaft wird auf die erkannte Strafe angerechnet.

Dem Angeklagten Puck werden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 (fünf) Jahren aberkannt.

Der Angeklagte Puck trägt die ihn betreffenden Kosten des Verfahrens.

### G r ü n d e .

Dem Angeklagten P u c k wird zur Last gelegt, zu Hamburg-Altona am 15. März 1933 den Arbeiter Helmut Wietzel vorsätzlich, jedoch ohne Überlegung, getötet und durch dieselbe Handlung ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Verfolgung aus politischen Gründen) begangen und durch mindestens vier weitere selbständige Handlungen versucht zu haben, vorsätzlich ohne Überlegung einen Menschen zu töten.

Der Angeklagte S c h u m a n n wird beschuldigt, am gleichen Tage und Orte versucht zu haben, vorsätzlich, jedoch ohne Überlegung, einen Menschen zu töten.

Die Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht in Hamburg hat folgendes ergeben:

#### I.

1.) Der Angeklagte P u c k ist am 28. Februar 1882 in Altona als Sohn eines Straßenbahnfahrers geboren worden. Er besuchte die Volksschule bis zur ersten Klasse und erlernte dann in Hamburg den Konditorberuf. Nach Bestehen der Gesellenprüfung ging er auf Wanderschaft und arbeitete in Münster, Köln und Düsseldorf in seinem erlernten Berufe. Nach Ableistung seiner Wehrpflicht bei der Marine machte er sich in Hamburg ansässig und verdiente sein Brot als Hafenarbeiter, Gelegenheitsarbeiter und Rammer. Seinen Beruf als Konditor gab er auf, weil er - insbesondere in den heißen Sommermonaten - die Hitze in



der Backstube nicht vertragen konnte. Im ersten Weltkriege wurde er zur Marine einberufen, aber bereits im Laufe des Krieges aus Gesundheitsgründen wieder entlassen. Im Jahre 1925 heiratete er. Seine Ehe blieb kinderlos; jedoch hatte seine Ehefrau einen Sohn mit in die Ehe eingebracht. In den Jahren vor und nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten wohnte er in Altona, Teichstraße 7 Keller. Sein Stiefsohn trat im Jahre 1931 in die NSDAP ein. Dadurch geriet auch der Angeklagte Puck bei der vorwiegend dem Nationalsozialismus feindlichen Bevölkerung seiner Wohngegend in den Ruf, nationalsozialistisch eingestellt zu sein. Im Jahre 1932 trat der Angeklagte Puck in die Marine-SA ein, weil er sich von politisch Linkstehenden bedroht fühlte und glaubte, durch seine Zugehörigkeit zur Marine-SA einen gewissen Schutz vor Anfeindungen zu haben. Von 1930 bis 1933 war der Angeklagte Puck erwerbslos. Im Jahre 1933 - nach Begehung der in diesem Verfahren zur Anklage stehenden Tat - erhielt er Arbeit als Hauswart einer Baugesellschaft in Groß-Flottbek. Im Jahre 1934 schied der Angeklagte Puck aus der SA und NSDAP aus. Seine Stellung als Hauswart gab er 1943 nach dem Tode seiner Ehefrau auf, weil er die Reinigung der Treppenhäuser, welche seine Frau besorgt hatte, nicht ausführen konnte. Danach arbeitete Puck bis 1945 auf einer Werft als Heizer und in einer Fischfabrik. Nach der Kapitulation beschäftigte er sich mit der Herstellung und dem Verkauf von Spielsachen, weil er wegen einer Lungentuberkuloseerkrankung nicht voll arbeitsfähig war.

Der Angeklagte Puck ist ~~in~~zwischen 1899 und 1930 insgesamt vierzehnmal bestraft worden, achtmal wegen Eigentumsdelikte, einmal wegen Übertretung des § 361 Ziff. 4 StGB.,

einmal

einmal wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung. Die übrigen Verurteilungen erfolgten wegen Körperverletzung. Wegen dieser Vergehen wurde er 1902 zu drei Tagen und 1909 zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Im Jahre 1925 erhielt er wegen gefährlicher Körperverletzung eine Strafe von zwei Monaten Gefängnis. Schließlich wurde er am 17. November 1930 wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung in Tateinheit mit Widerstand gegen die Staatsgewalt zu drei Monaten und einer Woche Gefängnis verurteilt. Diese Strafe verbüßte er im Jahre 1931.

Der Angeklagte Puck wurde in diesem Verfahren am 12. Dezember 1947 in Polizeihaft und am 13. Dezember 1947 in Untersuchungshaft genommen.

2.) Der 51jährige verwitwete Angeklagte Schumann ist von Beruf Koch. Er ist sechsmal, zuletzt im Jahre 1925, wegen nicht einschlägiger Delikte vorbestraft. Er gehörte der Marine-SA von März 1933 bis 1935 und der NSDAP von 1934 bis 1945 an.

Der Angeklagte Schumann wurde in diesem Verfahren am 2. Februar 1948 in Untersuchungshaft gebracht.

*vorläufig festgenommen  
am 4. Feb. 1948*

## II.

Die Angeklagten gehörten im März 1933 dem SA-Marine-sturm 2/31 in Altona an. Dieser Sturm war am Dienstag, dem 14. März 1933, aus seinem bisherigen Verkehrslokal in die Gastwirtschaft von Müller, Altona, Gr.Elbstraße, verlegt worden. Hier hielten sich beide Angeklagten bereits seit dem frühen Nachmittag in Marine-SA-Uniform auf und genossen das anlässlich der Verlegung ausgeschenkte Freibier und Kümmel.

Der Sturm hatte für die Nacht vom 14. zum 15. März 1933 einen Straßenstreifendienst eingerichtet, um »für Ruhe

und



und Ordnung zu sorgen und hierfür an diejenigen Angehörigen des Sturms, die nicht im Besitze einer Schußwaffe waren, Pistolen bzw. Revolver ausgegeben. Die beiden Angeklagten, die sich bis dahin nicht gekannt hatten, waren für diese Nacht zum gemeinsamen Streifendienst eingeteilt worden, den sie, ausgerüstet jeder mit einer Handschußwaffe mit Munition, gegen Mitternacht antraten.

Während ihres Streifenganges kamen sie kurz vor 2 Uhr am 15. März 1933 an dem in Altona Breitestraße 147 belegenen Lokal Kahn vorbei. In diesem Lokal verkehrten zu jener Zeit vorwiegend politisch links gerichtete Kreise. Ein Verkehrslokal der SPD oder der KPD oder einer diesen Parteien nahestehenden Organisation war das Lokal von Kahn jedoch nicht. Tags zuvor soll es bei Kahn, der selbst der Deutschen nationalen Volkspartei nahe stand, zu einer Auseinandersetzung zwischen SA-Männern und Gästen des Lokals gekommen sein. Hierüber war am Nachmittage des 14. März im Marine-SA-Verkehrslokal von Müller im Beisein der beiden Angeklagten gesprochen worden. Die beiden Angeklagten hörten Musik aus dem Lokal von Kahn und beschlossen dort einzutreten. Bei ihrem Eintritt befanden sich noch etwa 20 Gäste im Lokal. Die Angeklagten gingen durch den Schankraum, wobei der Angeklagte Puck einen der Gäste, den Arbeiter Hans Bertram, durch Handschlag mit den Worten begrüßte: „Na Hans, erkennst Du mich nicht?“, und setzten sich an einen der Theke gegenüber stehenden freien Tisch. Sie bestellten bei dem Kellner Bier und erklärten ihm, den hinter der Theke beschäftigten Gastwirt Kahn sprechen zu wollen. Kahn kam daraufhin zu den Angeklagten an den Tisch, an dessen Schmalseite er Platz nahm. Links von ihm - mit dem Rücken zur Wand - saß der Angeklagte Schumann, rechts von

ihm (Kahn) - mit dem Rücken zum Lokal - saß der Angeklagte Puck (siehe Lichtbild Z der Beiakte StA. Altona 11 M 43/33). Puck legte, als Kahn Platz genommen hatte, seine Pistole vor sich auf den Tisch und begann eine Unterhaltung mit ihm. Im Verlaufe dieser nur kurzen Unterhaltung äußerte er in drohendem Tone etwa: »Kahn, das machst Du mit uns nicht wieder!«

Das Eintreten der in Uniform befindlichen Angeklagten in das Lokal und das Verhalten des Puck gegenüber dem Gastwirt Kahn hatte die Aufmerksamkeit der Gäste des Lokals erregt. Auf die vorerwähnte Äußerung des Puck ging einer der Gäste, der 26jährige Arbeiter Helmut Wietzel, der an der Theke gestanden hatte, langsamen Schrittes, die Daumen in die Ausschnitte seiner Weste geschoben, auf den Tisch zu und sagte, als er den Tisch fast erreicht hatte, ruhigen Tones, er möchte mal eine Aufklärung geben. Er hatte diese Worte kaum ausgesprochen, als der Angeklagte Puck vom Stuhle aufsprang, seine Pistole ergriff, sich umdrehte und mit den Worten: »Du bist auch so ein Schwein« auf den ihm völlig unbekannten Wietzel einen Schuß abgab. Wietzel brach sofort zusammen. Die Kugel hatte seinen Körper durchschlagen und dabei Zwerchfell, Milzblutader, Bauchspeicheldrüse und Lunge verletzt. Sie blieb in dem Holz unterhalb des Sitzes eines hinter Wietzel stehenden Stuhls stecken, auf dem der Arbeiter Kohlenberg saß.

Durch den Schuß auf Wietzel entstand im Lokal große Aufregung. Die Gäste, mit Ausnahme des Arbeiters Kohlenberg, der auf seinem Stuhle sitzen blieb, verließen ihre Plätze und suchten Deckung zu nehmen, wobei ein Teil von ihnen hinter die Theke flüchtete. Der Gastwirt Kahn sprang von seinem Stuhle auf und flüchtete hinter einen im Schankraum an einem Pfeiler stehenden Zentralheizungskörper. Der Angeklagte zog sich wäh-



renddessen zusammen mit dem Angeklagten Schumann, der auch seine Schußwaffe gezogen hatte und vor sich hielt, zum Ausgang zurück. Puck gab ~~wieder~~<sup>hierbei</sup> Schüsse aus seiner Pistole ab. 3 Schüsse gab er auf den hinter dem Zentralheizungskörper Deckung suchenden Kahn ab, der den Angeklagten zurief: „Ich habe ja nichts mit Euch!“ Den flüchtenden Gästen rief Puck zu: „Keiner rührt sich!“ Dann verließen beide Angeklagte das Lokal.

Außer dem auf Wietzel abgegebenen Schuß sind, wie die Feststellung der Geschoßeinschläge ergeben hat, insgesamt weitere 7 Schüsse während des Rückzuges der Angeklagten aus dem Lokal abgegeben worden. Einer davon hatte die Lehne einer vom Eingang aus gesehen vor dem Pfeiler stehenden Bank, ein zweiter den Pfeiler etwa in Kopfhöhe, und ein dritter Schuß - vom Eingang aus gesehen hart rechts am Pfeiler vorbei - die Rückwand der Schankstube wenige Zentimeter unterhalb der Decke getroffen. Es sind dies die 3 Schüsse, die nach den Aussagen der Zeugen Brandenburg, Petersen, Kohlenberg und Kahn von Puck auf Kahn abgegeben waren. Zwei ~~Schüsse~~<sup>Einschläge</sup> fanden sich in der Decke oberhalb der Tonbank. Ein Einschlag fand sich im Fußboden beim Eingang zum Tanzsaal, der sich an der dem Eingang entgegengesetzten Seite der Schankstube an diese anschloß. Ein weiterer Schuß hatte ein an der Rückwand des Tanzsaales befindliches Fenster knapp unterhalb des Gardinenbrettes durchschlagen (siehe Lageplan in der Hülle Blatt 68 der Hauptakte und die Lichtbilder in der Hülle Blatt 4a der Beiakte StA. Altona 11 M 43/33).

Der verletzte Wietzel wurde noch in derselben Nacht ins Städtische Krankenhaus Altona gebracht, wo er im Laufe des 15. März 1933 an innerer Verblutung verstorben ist.

Nach Verlassen des Kahnschen Lokals begaben sich die beiden Angeklagten in das Verkehrslokal „Bavaria“ des SA-Marine-Sturms 1/31 in Altona. Dort bat Puck den Scharführer Müller, ihm seine Waffe zu reinigen. Schumann äußerte dabei, sie hätten soeben „eine kleine Blutrache“ gehabt. Müller kam der Bitte von Puck nach, reinigte die Waffe und stellte dabei fest, daß sich im Magazin der Pistole drei Patronen befanden und daß Puck eine weitere Patrone lose in seiner Jackentasche hatte. Nach der Reinigung der Waffe gab Müller sie dem Angeklagten Puck zurück. Puck lud die Waffe sofort wieder durch ungeachtet der ihm deswegen von Müller gemachten Vorhaltungen. Dann tranken beide Angeklagten an der Theke mehrere Glas Bier. Müller beobachtete hierbei, daß Puck die Pistole gezogen hatte und damit herumfuchtelte. Um ein Unglück zu verhüten, benachrichtigte Müller fernmündlich den SA-Marinesturm des Angeklagten 2/31, der den SA-Mann Burger entsandte, um dem Angeklagten Puck die Waffe abzufordern. Puck weigerte sich aber gegenüber dem Burger, die Waffe abzugeben, so daß Müller und Burger schließlich mit Gewalt gegen ihn vorgingen, um ihm die Waffe abzunehmen. Puck hatte dabei seine Waffe in die Hosentasche gesteckt und gab, als ihm die Waffe mit Gewalt fortgenommen werden sollte, aus der Hosentasche heraus einen Schuß ab, der Burger am linken Zeigefinger verletzte.

Auf Grund dieser Vorfälle waren die Angeklagten am 16. März 1933 festgenommen worden. Bei den damaligen polizeilichen Vernehmungen hatte der Angeklagte Puck erklärt, sich auf die Vorfälle in der Nacht vom 14. zum 15. März 1933 nicht mehr besinnen zu können, weil er betrunken gewesen sei. Der Angeklagte Schumann hatte bestritten, geschossen zu haben und angegeben, allein der Angeklagte Puck habe geschossen. Am



17. März 1933 war gegen beide Angeklagte wegen dringenden Tatverdachtes des gemeinschaftlichen Totschlages Haftbefehl erlassen worden. Im Laufe des Ermittlungsverfahrens war der Trommelrevolver, den in der Tatnacht mit sich geführt zu haben der Angeklagte Schumann angegeben hatte, durch den Schießsachverständigen Landgerichtsrat Hall untersucht worden mit dem Ergebnis, daß nach dem Befund der Waffe nicht zu widerlegen sei, daß aus der Waffe in letzter Zeit, insbesondere am 15. März 1933, nicht geschossen worden sei. Am 8. April 1933 ist der Haftbefehl gegen den Angeklagten Schumann wieder aufgehoben und Schumann aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

Am 20. März 1933 hatte der Oberstaatsanwalt in Altona durch den Generalstaatsanwalt in Kiel an den Preußischen Justizminister über den Vorfall vom 15. März 1933 berichtet und erklärt, er beabsichtige gegen Puck und Schumann die Voruntersuchung wegen gemeinschaftlichen Totschlages und wegen gemeinschaftlichen versuchten Totschlages zu beantragen. Auf Grund dieses Berichtes hatte der Generalstaatsanwalt in Kiel am 27. März 1933 zunächst um Prüfung ersucht, ob die Verordnung des Reichspräsidenten über die Gewährung von Straffreiheit vom 21. März 1933 in Anwendung zu bringen sei. Am 21. April 1933 hatte der Oberstaatsanwalt in Altona erneut über den Generalstaatsanwalt in Kiel an den Preußischen Justizminister Bericht erstattet, die Anwendbarkeit der Amnestierung <sup>Verordnung</sup> verneint und zum Ausdruck gebracht, daß er beabsichtige, das Verfahren gegen Schumann mangels Beweises einzustellen und gegen Puck die Voruntersuchung wegen Totschlages und versuchten Totschlages in drei Fällen sowie wegen gefährlicher Körperverletzung zum Nachteil Burger zu beantragen. Auf diesen Bericht hat der Preußische Justizminister mit Schreiben vom 13. Mai 1933 den Ober-

staats-

10

staatsanwalt in Altona ersucht, das Verfahren gegen Puck wegen Totschlags und versuchten Totschlags einzustellen: „Die Streitigkeiten Kahn, Puck und Schumann hatten offenbar politische Gründe. Sie entstanden aus der am Vortage erfolgten Ausweisung mehrerer SA-Leute aus Kahn's Lokal. In unmittelbarem Zusammenhang mit diesen politischen Auseinandersetzungen ist die Erschießung des Wietzel erfolgt. Die Tat ist also in Verlauf eines politischen Streites in einer Gastwirtschaft geschehen, in der offenbar politisch Andersdenkende verkehrten. Dasselbe gilt für die von Puck bei seinem Rückzuge aus dem Lokal abgegebenen Schüsse.“ Demgemäß hat die Staatsanwaltschaft Altona am 20. Mai 1933 das Verfahren gegen Puck auf Grund der Verordnung vom 21. März 1933 eingestellt und die Entlassung des Puck aus der Untersuchungshaft verfügt. Gleichzeitig ist das Verfahren gegen Schumann mangels Beweises eingestellt worden. Das Verfahren gegen Puck wegen gefährlicher Körperverletzung des SA-Mannes Burger war zunächst fortgesetzt worden, ist dann aber später nach § 153 StPO. wegen Geringfügigkeit eingestellt worden.

Diese Feststellungen beruhen auf den eigenen Angaben der Angeklagten, den Aussagen der Zeugen Meyer, Busse, Steinhoff, Markmann, Brandenburg, Petersen, Kohlenberg, Jensen, Erdmann, Rump, Schenk, Krosch, Schunk, Frau Runge, Müller und Burger, ferner auf den gemäß § 251 Abs. 2 StPO. verlesenen und zum Gegenstand der Beweisaufnahme gemachten Niederschriften über die in der Beilakte StA. Altona 11 M 43/33 sich findenden Vernehmungen der verstorbenen Zeugen Kahn, Bertram und Frau Schumann, sowie auf den daselbst sich findenden, gemäß § 251 Abs. 2 StPO. verlesenen und zum Gegenstand der Beweisaufnahme gemachten Gutachten des Schießsachverständigen



rat Hall, weiter auf der gerichtlichen Augenscheinseinnahme der in der erwähnten Beiakte sich findenden Lichtbildaufnahme des Lokals von Kahn mit den Geschoßeinschlägen und des Blatt 48 der Hauptakte sich findenden Lageplans dieser Wirtschaft. Lichtbilder und Lageplan sind Gegenstand der Beweisaufnahme gewesen, desgleichen die in der vorgenannten Beiakte sich findenden vorerwähnten Berichte und Verfügungen.

Der Angeklagte Puck hat angegeben, er habe am Abend des 14. März 1933 vor Antritt des Streifenganges eine geladene Pistole ausgehändigt erhalten. Weitere lose Munition habe er nicht erhalten und solche auch nicht besessen. Dem ausgeschenkten Alkohol habe er kräftig zugesprochen, so daß er zur Zeit der Tat sinnlos betrunken gewesen sei. Überdies habe er an diesem Tage auch unter Rauschgifteinwirkung gestanden. Er sei in der damaligen Zeit leidend gewesen und habe zur Unterdrückung der Schmerzen Morphium gespritzt, das er sich ohne ärztliches Attest verschafft habe. Am 14. März 1933 hätte er sich im Laufe des Tages, bevor er zum Verkehrslokal ging, drei Morphiumpitzen verabfolgt. An die Vorgänge in der Nacht vom 14. zum 15. März 1933 könne er sich nicht mehr erinnern.

Der Angeklagte Schumann hat angegeben, am 14. März 1933 von dem ausgeschenkten Alkohol nur mäßig genossen zu haben und nicht betrunken gewesen zu sein. Auch der Angeklagte Puck sei nicht betrunken gewesen. Sie hätten beide den Streifengang ordnungsgemäß durchgeführt. Sie seien zwar angetrunken, aber durchaus Herr ihrer Sinne gewesen. Bei dem Streifendienst und dem sich anschließenden Vorfall im Lokal von Kahn habe er, Schumann, nur einen Trommelrevolver mit Munition bei sich geführt, den ihm ein anderer SA-Mann namens Lange leihweise überlassen gehabt hätte. Seine eigene Pistole, die er wenige Tage vorher

vorher aus den Beständen des Magistrats der Stadt Altona empfangen hätte, hätte er an jenem Abend seinem Sturmschreiber abgegeben, um nicht zwei Waffen bei sich führen zu müssen. Warum er sich an Stelle seiner eigenen Waffe eine fremde geliehen habe, könne er nicht angeben, er verstehe nichts von Schußwaffen. Auf dem gemeinschaftlich mit Puck gemachten Streifengang seien sie zufällig an dem Lokal von Kahn vorbeigekommen. Sie hätten Musik gehört und sich entschlossen, bei Kahn einzutreten, um dort noch ein Glas Bier zu trinken. Es sei nicht ihre Absicht gewesen, wegen des im Lokal von Müller erzählten Zusammenstoßes zwischen SA-Männern und Gästen des Kahn'schen Lokals vom Tage zuvor Vergeltung zu üben. Erst im Lokal von Kahn habe dann entweder er oder der Angeklagte Puck den Gastwirt Kahn durch den Kellner Schunk auffordern lassen, zu ihnen an den Tisch zu kommen. Zu welchem Zwecke dies geschehen sei, wisse er nicht. Puck habe die Unterhaltung mit Kahn eröffnet und dabei seine Pistole vor sich auf den Tisch gelegt. Nach dem Schuß auf Wietzel hätten er und Puck den Rückzug aus dem Lokal angetreten, wobei nur Puck geschossen habe. Er, Schumann, habe zwar seinen Revolver gezogen und vor sich gehalten, „um den Rückzug zu decken“, nämlich um zu verhindern, daß einer der Gäste sie wegen des auf Wietzel abgegebenen Schusses festnehme. Er sei der Meinung, hierbei nicht geschossen zu haben. Wenn er bei seiner polizeilichen Vernehmung vom 31. Januar 1948 (Blatt 22) zugegeben habe, beim Verlassen des Lokals einen ungezielten Schuß abgegeben zu haben, so habe er dies nicht aus seiner Erinnerung, sondern rückschließend auf Grund des ihm vom vernehmenden Beamten gemachten Vorhaltes angegeben, wonach es unmöglich sei, daß sämtliche acht Schüsse aus einer Pistole abgegeben seien. Er habe also



13

in seiner polizeilichen Aussage nur sagen wollen, daß, wenn waffentechnisch unmöglich alle acht Schüsse aus der Pistole von Puck stammen könnten, er dann wohl einen Schuß abgegeben haben müsse. Sei dies aber der Fall, so habe er <sup>eben</sup> einen Schuß bestimmt ungezielt abgegeben, damit keiner der Gäste durch ihn hätte verletzt werden können.

Das Schwurgericht hat dem Angeklagten Schumann die Behauptung, er und Puck hätten die Gastwirtschaft von Kahn nur aufgesucht, um dort noch ein Glas Bier zu trinken, nicht abgenommen. Beide Angeklagte hatten am Nachmittage zuvor in ihrem Sturmverkehrslokal Kenntnis erhalten von einem angeblichen Zusammenstoß zwischen SA-Männern und Gästen im Lokal von Kahn. Schumann hat überdies auf Befragen des Gerichts, welcher der beiden Angeklagten den Kahn an ihren Tisch hat rufen lassen, die Möglichkeit eingeräumt, daß er es gewesen sei. Seine Behauptung, nicht gewußt zu haben zu welchem Zwecke dies geschehen sei, ist nach Sachlage unglaubwürdig. Beide Angeklagte waren sich vielmehr beim Betreten des Lokals darüber einig, den Gastwirt Kahn wegen des erwähnten Zusammenstoßes zur Rede zu stellen.

Puck aber hat darüber hinaus, wie sein Verhalten, nämlich das Ziehen der Pistole zu Beginn der Unterhaltung und seine an Kahn gerichtete Drohung: „Das machst Du mit uns nicht wieder“, zeigt, aus der damals seitens der SA geübten terroristischen Haltung heraus handeln wollen. Aus dieser Haltung heraus hat er vorsätzlich den sich friedlich dem Tisch nähernden, ihm gänzlich unbekannten Wietzel niedergeschossen und vorsätzlich die 3 Schüsse auf den vor ihm hinter die Zentralheizung geflüchteten Kahn abgegeben. Daß Puck auf Terror-

tung gegenüber den flüchtenden Gästen, die er - mit vorgehaltener Pistole - durch die Worte: „Keiner rührt sich“ - und möglicherweise durch weitere Schüsse - terrorisiert hat. Puck ist der Typ des brutalen gewalttätigen Menschen und „alten Kämpfers“. Er ist in früheren Jahren mehrfach wegen Körperverletzung verbestraft. Gegenüber Schumann ist er nicht nur der Lebensältere, er ist auch früher als dieser Mitglied der SA geworden.

Das Schwurgericht hat daher festgestellt, daß Puck vorsätzlich gehandelt hat, als er auf Wietzel und Kahn feuerte und gleichzeitig die übrigen Gäste des Lokals terrorisierte.

Daß der Angeklagte Schumann diese Tat des Puck als seine eigene gewollt, mit ihm also hierbei im bewußten und gewollten Zusammenwirken gehandelt hat, hat sich nicht feststellen lassen. Allerdings wird Schumann belastet dadurch, daß auch er beim Verlassen des Lokals seine Schußwaffe gezogen hat und daß er anschließend im Lokal „Bavaria“ geäußert hat: „Wir haben soeben eine kleine Blutrache gehabt.“ Es hat sich aber nicht mit Sicherheit feststellen lassen, daß auch Schumann beim Verlassen des Lokals geschossen hat. Er hat dies im früheren Verfahren 1933 bestritten. Sein dazu im Gegensatz stehendes Geständnis bei seiner polizeilichen Vernehmung im jetzigen Verfahren, daß er einen ungezielten Schuß abgegeben habe, ist, wie die Zeugenaussage des vernehmenden Beamten ergeben hat, tatsächlich so zustande gekommen, wie Schumann es in der Hauptverhandlung vorgetragen hat. Es ist also nur hypothetisch und kann auch um deswillen nicht gegen ihn verwandt werden, weil weder einer der Gäste gesehen hat, daß Schumann geschossen hat, noch es ausgeschlossen ist, daß sämtliche



15

sämtliche acht Schüsse aus der Pistole des Puck abgegeben sind. Pucks Pistole war bei Beginn des Streifenganges geladen. Wenn diese Pistole eine der üblichen war - und die Hauptverhandlung hat nichts dafür ergeben, das gegen eine solche Annahme sprechen könnte - so faßte sie acht Schuß. Nach dem Vorfall sind von dem Scharführer Müller im Lokal »Bavaria« drei Schuß im Magazin der Puckschen Pistole und ein loser Schuß in der Jackentasche von Puck vorgefunden worden. Dadurch aber ist die Richtigkeit der Behauptung von Puck, er habe bei Antritt des Streifenganges keine lose Munition mit sich geführt, zweifelhaft geworden. Wenn sich auch nicht mit Sicherheit feststellen läßt, daß Puck allein geschossen hat, so mußte aber nach dem Vorgesagten zugunsten des Angeklagten Schumann von der Möglichkeit ausgegangen werden, daß dies der Fall ist und daß Puck nach Verlassen des Kahnschen Lokals von loser Munition, die er bei sich führte, drei Schuß in sein Magazin geladen und einen Schuß in seiner Jackentasche gelassen hat. Die Möglichkeit, daß sämtliche in der Gastwirtschaft von Kahn abgegebenen acht Schüsse aus Pucks Pistole herrühren, ist so nach zugunsten Schumanns als nicht ausgeschlossen erachtet und seine Verteidigung, seine Schußwaffe beim Verlassen des Lokals nur in der Absicht gezogen und vor sich gehalten zu haben, »um den Rückzug zu decken«, also um dadurch einer Festnahme vorzubeugen, als nicht widerlegt angesehen werden. Schumann ist auch seiner Persönlichkeit nach anders zu werten als Puck. Im Gegensatz zu diesem erweckt er nicht den Eindruck eines gewalttätigen Menschen. Ein Angriffsverhalten, wie es bei Puck festgestellt worden ist, kann daher dem Schumann nicht nachgewiesen werden.

Durch die Tötung des Wietzel, die versuchte Tötung  
des

des Kahn und die hierbei ausgeübte Terrorisierung der Gäste hat der Angeklagte Puck den Tatbestand des Verbrechens gegen die Menschlichkeit im Sinne des Art.II Abs.1c des Kontrollratsgesetzes Nr.10 erfüllt. Er hat aus politischen Gründen mit den damaligen terroristischen Mitteln der SA ein Angriffsverhalten gegen (vermeintliche) politische Gegner betätigt, das eine Schädigung der Opfer und unmenschliche Folgen, nämlich den Tod des Wietzel, <sup>die unmittelbare Lebensgefahr und</sup> die Todesangst des Kahn und seiner Gäste herbeigeführt hat. Pucks Handlungsweise stellt eine besonders schwere Für-Nichts-Achtung der allgemeinen Menschenwürde dar und verletzt nicht nur das Recht auf politische Meinungsfreiheit, sondern darüber hinaus auch das überindividuelle Rechtsgut der Menschenwürde und des Menschseins überhaupt. Die Menschheit selbst ist also hierdurch angegriffen worden.

In Tateinheit hiermit hat sich der Angeklagte Puck eines Totschlages schuldig gemacht. Er hat vorsätzlich, jedoch ohne Überlegung einen Menschen, den Arbeiter Helmut Wietzel, getötet (§212 StGB.). Weiter hat er sich ebenfalls in Tateinheit mit dem Verbrechen gegen die Menschlichkeit des versuchten Totschlages zum Nachteil des Gastwirts Kahn schuldig gemacht, indem er den Entschluß, einen Menschen vorsätzlich jedoch ohne Überlegung zu töten, durch Handlungen betätigt hat, welche einen Anfang der Ausführung des Totschlages darstellen (§§ 212, 43 StGB.).

Die insoweitige Einstellung des Verfahrens gegen Puck im Jahre 1933 ist auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten über die Gewährung von Straffreiheit vom 21. März 1933 erfolgt. Diese Einstellung hindert nicht die jetzige Verfolgung des Puck. Die Verordnung zur Beseitigung nationalsozialistischer Eingriffe in die Strafrechtspflege vom 23. Mai



1947 bestimmt, daß Verbrechen, die in der Zeit vom 30. Januar 1933 bis 8. Mai 1945 aus politischen Gründen nicht bestraft worden sind, verfolgt werden können, wenn die Gerechtigkeit die nachträgliche Sühne verlangt. Nach § 2 dieser Verordnung gilt dies auch dann, wenn die Tat durch Gesetz, Verordnung oder eine andere Maßnahme für straffrei erklärt worden ist. Daß die Tat des Angeklagten eine nachträgliche Sühne erfordert, hat das Schwurgericht bejaht.

Der Angeklagte Puck ist für seine Handlungsweise voll verantwortlich. Das Schwurgericht hat ihm nicht abnehmen können, daß er in der Nacht vom 14. zum 15. März 1933 sinnlos betrunken gewesen sei und überdies unter Morphiumeinwirkung gestanden habe. Die Angaben des Mitangeklagten Schumann lassen bereits ersehen, daß lediglich von einer Angetrunkeneit keineswegs aber von einer Volltrunkenheit des Puck gesprochen werden kann. Sein Verhalten zur Tatzeit zeigt überdies, daß Puck nicht so betrunken war, daß er nicht wußte, was er tat. Er ist in der Lage gewesen, den gemeinsamen Streifengang mit Schumann auszuführen. Er war ferner in der Lage, dem Kahn Vorhaltungen zu machen wegen eines Vorfalls, von dem er nachmittags in seinem Marine-SA-Verkehrslokal Kenntnis erhalten hatte; er war also in der Lage, sich an das mehrere Stunden vorher Gehörte zu erinnern. Überdies haben weder der Kellner Schunk noch die anderen Gäste des Lokals von Kahn bemerkt, daß Puck nach Art Betrunkener getaumelt oder beim Sprechen gelallt hätte. Nach dem Schuß auf Wietzel hat Puck weiter drei gezielte Schüsse auf den hinter den Zentralheizungskörper geflüchteten Kahn abgegeben und den erschreckt durcheinander laufenden Gästen zugerufen: „Keiner rührt sich“. Auch hieraus ergibt sich, daß Puck in der Lage war, zweckbestimmend und

planvoll zu handeln. Auch die von dem Zeugen Bertram im früheren Verfahren gemachte Aussage, wonach Puck bei Betreten des Lokals den Zeugen Bertram erkannt und mit den Worten begrüßt hat: „Na Hans, kennst Du mich nicht mehr?“ läßt ersehen, daß Puck nicht sinnlos betrunken gewesen ist. ~~Seine weitere Behauptung, infolge von drei Morphiumspritzen, die er sich im Laufe des 14. März verabfolgt habe, auch unter Rauschgifteinwirkung gestanden zu haben, ist offensichtlich unwahr..~~

~~Das Schwurgericht hat daher festgestellt, daß beide Angeklagten zur Zeit des Vorfalls zwar angetrunken aber völlig Herr ihrer Sinne waren.~~ Auch nach dem Gutachten des medizinischen Sachverständigen Dr. Frommer liegen keine Anhaltspunkte dafür vor, daß Puck zur Zeit der Tat an Bewußtseinsstörungen, an krankhafter Störung der Geistestätigkeit oder an Geisteschwäche litt oder daß aus anderen Ursachen seine Fähigkeit, das Unerlaubte der Tat einzusehen oder nach dieser Einsicht zu handeln aufgehoben oder erheblich vermindert war. Zu der Behauptung des Puck, außer unter Alkoholeinwirkung auch unter Morphiumeinwirkung gestanden zu haben, hat der Sachverständige Dr. Frommer erklärt, daß diese Angabe eine reine Zweckverteidigung sei, da Puck, wenn er sich wirklich an diesem Tage drei Morphiumspritzen verabfolgt hätte, durch den anschließenden Alkoholgenuß derart schläfrig hätte werden müssen, daß er nicht einmal mehr zu dem Streifengange und erst recht nicht zu seinen weiteren Handlungen in der Nacht vom 14. zum 15. März <sup>über</sup> ~~außer~~stande gewesen wäre. Allerdings hat der Sachverständige zum Ausdruck gebracht, es bestehe die schwache Möglichkeit, daß infolge des genossenen Alkohols die Fähigkeit des Puck, gemäß seiner Einsicht in das Unerlaubte seines Verhaltens zu handeln, erheblich herabgemindert gewesen sei. Das Schwur-

richt



19

richt hat es aber abgelehnt, dem Angeklagten den Schutz des § 51 Abs.2 StGB. zuzubilligen, weil nach seiner Überzeugung der Angeklagte Puck sowohl die volle Einsicht in das Unerlaubte seines Tuns als auch die Fähigkeit zur Zeit der Tat gehabt hat, nach dieser Einsicht zu handeln. Das Schwurgericht hat jedoch nicht verkannt, daß der Angeklagte Puck infolge des genossenen Alkohols einige Hemmungen verloren hatte. Dieser Umstand konnte aber nur bei der Strafzumessung berücksichtigt werden.

Der Angeklagte Puck war daher wegen Verbrechens, strafbar nach Kontrollratsgesetz Nr.10 Art.II Abs.1c, §§ 212, 43, 73 StGB. zu bestrafen.

Diese Strafe war dem Kontrollratsgesetz Nr. 10 als demjenigen Gesetz, das die schwerste Strafe androht, zu entnehmen.

Bei der Strafzumessung hat das Schwurgericht strafschärfend die außerordentliche Brutalität des Angeklagten berücksichtigt sowie weiter seine nicht unbedeutenden Vorstrafen wegen Körperverletzung. Strafmildernd ist berücksichtigt worden, daß der Angeklagte Puck im Zeitpunkt der Tat angetrunken war, daß er sich seit 1933 keinerlei Straftaten mehr hat zuschulden kommen lassen und daß er jetzt bereits im 67. Lebensjahre steht und ihm der Umstand, daß seine Bestrafung zu Unrecht 15 Jahre lang unterblieben ist, nicht zur Last gereichen kann. Nach alledem erschien dem Schwurgericht eine Zuchthausstrafe von acht Jahren als notwendige, aber auch ausreichende Sühne.

Die Tat des Angeklagten Puck erforderte auch die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren, die nach § 32 StGB. erfolgt ist. Wer in einer derart

gewissenlosen ~~Weise~~ Weise wie der Angeklagte das Leben eines friedlichen Staatsbürgers vernichtet und das anderer gefährdet, handelt ehrlos. Die Untersuchungshaft ist dem Angeklagten Puck auf die erkannte Strafe angerechnet worden (§ 60 StGB.).

Das Verfahren gegen den Angeklagten Schumann war einzustellen. Er ist nicht überführt worden, versucht zu haben, vorsätzlich einen Menschen zu töten, da sich nicht mit Sicherheit hat feststellen lassen, daß er geschossen hat. Soweit das Ziehen des Revolvers durch den Angeklagten Schumann beim Verlassen der Wirtschaft eine Nötigung oder Begünstigung darstellen könnte, wäre die Strafverfolgung deswegen nach § 68 StGB. verjährt. Hierauf kann nicht die Vorschrift des Art. I § 3 der Verordnung zur Beseitigung nationalsozialistischer Eingriffe in die Strafrechtspflege vom 23. Mai 1947 Anwendung finden, der die Unbeachtlichkeit der Strafverfolgungsverjährung bestimmt; denn das Verfahren gegen Schumann ist im Jahre 1933 nicht aus politischen Gründen eingestellt worden, was Voraussetzung für die Anwendbarkeit der Verordnung vom 23. Mai 1947 ist, sondern mangels Beweises. Das Schwurgericht hat hierbei berücksichtigt, daß auch eine Einstellung, die formell mangels Beweises erfolgt ist, in Wirklichkeit aus politischen Gründen <sup>sind</sup> vorgenommen sein kann. Dies liegt aber, wie sich aus der Prozeßgeschichte des im Jahre 1933 anhängig gewesenen Verfahrens ergibt, im Falle Schumann nicht vor. Da dem Angeklagten Schumann unverjährtes Verbrechen des versuchten Totschlages nicht nachgewiesen worden ist, die in seinem Verhalten möglicherweise zu erblickenden Vergehen der Nötigung und Begünstigung aber verjährt wären, war das Verfahren gegen ihn einzustellen (§§ 67 StGB., 260 StPO.).



21  
Die Kostenentscheidung beruht auf §§ 464, 465 StPO.

(Unterzeichnet:)

Wentzensen.

Maschinsky.

Fischer.



Für richtige Ausfertigung:

*Gimm*, *Bürogehilfe*

als Urkundsbeamter  
der Geschäftsstelle.